

NÖNPLUS | Antrag im Landtag

„Notbremsung“: Grüne NÖ wollen Gesundheitsplan neu verhandeln

ERSTELLT AM 27. JÄNNER 2026 | 13:35

NIEDERÖSTERREICH **Philipp Grabner**

Helga Krismer, Klubobfrau und Landessprecherin der Grünen Niederösterreich, fordert neue Verhandlungen.

FOTO: Philipp Grabner

Als einzige Landtagspartei hatten Niederösterreichs Grüne dem „Gesundheitsplan 2040+“ im vergangenen Jahr die Zustimmung verweigert. Landessprecherin Helga Krismer sieht sich ob der Proteste in den betroffenen Regionen in dieser Haltung bestätigt und fordert, den Pakt nochmals aufzuschnüren. Versäumnisse sieht die Klubobfrau vor allem in der Kommunikation mit der Bevölkerung.

Als der Landtag im Frühjahr 2025 den „Gesundheitsplan 2040+“ verabschiedete, stimmten die Grünen als einzige Fraktion dagegen. Nun, ein gutes Dreivierteljahr nach dem Beschluss, sieht sich Landessprecherin und Klubobfrau Helga Krismer in ihrer damaligen Positionierung bestätigt. Dementsprechend fordert sie im Rahmen eines Antrages die Neuverhandlung des Papiers, das die Schließung von Spitälern ebenso wie die Reduzierung der Notarztstützpunkte im Land mit

sich bringt. Die Hauptkritikpunkte Krismers: Zum einen ein fehlender Zeitplan, zum anderen eine fehlende Kommunikation.

„Viele Menschen verstehen die Notwendigkeit der Änderungen nicht, weil sich niemand ausreichend bemüht hat, mit ihnen das Problem und die Hintergründe zu erörtern. Wer etwas nicht versteht, bekommt Angst. Und wenn es um die eigene Gesundheit geht, ist dies sehr berechtigt“, heißt es wörtlich in dem Antrag, der – so das Verlangen der Grünen – dem Gesundheitsausschuss zugewiesen werden soll. Die Landesregierung habe das Projekt gemeinsam mit NEOS „in den Sand gesetzt“, kritisiert Helga Krismer vor Medienvertretern.

„Landesregierung setzt auf Brechstange“

Der Plan verunsichere, das würden diverse Initiativen – etwa in Gmünd – zeigen, so Krismer: Das dort angekündigte Gesundheitszentrum sei „für die Menschen nicht im Geringsten greifbar“. Es handle sich „um schlecht gemachte Politik, wenn man den Leuten etwas wegnimmt, ohne sie mitzunehmen“, formuliert es die Landessprecherin der Grünen. Ihre konkreten Forderungen: Die „Sorgen und Ängste“ der Bevölkerung müssten ernst genommen und die Akutversorgung in Gmünd gewährleistet sein.

Auch in Sachen Notarztstützpunkte erhebt man Forderungen – mit dem Streichen von Stützpunkten setze die Landesregierung auf „die Brechstange“, meint Helga Krismer: „Erst muss die mehrjährige Ausbildung der Notfallsanitäter:innen abgeschlossen stehen und Absolvent:innen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, bevor man bestehende Notarztstützpunkte aus dem System kickt.“

Einen wesentlichen Fehler ortet Krismer auch im Dialog. Antworten auf Anfragen seien „nicht aussagekräftig“, der Regionale Strukturplan sei zwar beschlossen und präsentiert, nicht aber veröffentlicht worden. „Der Gesundheitsplan wird nichts, weil ihn die Niederösterreicher nicht verstehen“, so Krismer, es brauche einen „modernen Dialog zwischen Regierenden und der Bevölkerung“. Die Grünen würden nun versuchen, „zwischen einer abgehobenen Landesregierung und den berechtigten Sorgen der Menschen zu vermitteln. Es braucht den Mut zur Neuverhandlung.“